

Das Unvergangene der Vergangenheit

„Die eingesetzten Kräfte der Ordnungspolizei [...] versahen ihren Dienst vorbildlich.“ Das Polizeibataillon 307 (Lübeck) „im Osteinsatz“ 1940-1945 – eine Ausstellung der Landespolizei Schleswig-Holstein, Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd (Lübeck).

Vor gut zwei Jahren, im März 2002, wurde im Lübecker Burgkloster eine Wanderausstellung über den „Osteinsatz“ des einstigen Lübecker Polizeibataillons erstmalig gezeigt. Verantwortlich für die Entstehung zeichnete die Landespolizei Schleswig-Holstein und die Landespolizeidirektion Süd (Lübeck), deren leitender Polizeidirektor Hüttmann das Projekt leitete. Die Durchführung lag bei Wolfgang Kopitzsch, der bestens beraten war durch den einstigen Leiter der in den 1960ern tätigen schleswig-holsteinischen Ermittlungsgruppe zu Nationalsozialistischen Gewaltverbrechen (NSG), Karl-Georg Schulz. Über diese Ausstellung lässt sich viel sagen – vor allem aber, dass sie nichts von dem Geschehenen beschönigt, relativiert oder verschweigt.

Was geboten wird, ist schwer verdaulich. Auf 52 Tafeln reiht sich Text an Text. Diese sind zwar grafisch gut aufgearbeitet – teilweise mit unterlegten Bildern – und illustriert mit vielen Fotos oder Grafiken. Die Dominanz der Texte min-

dert das aber kaum. Es ist keine Präsentation, die einen zufälligen Betrachter neugierig machen oder Interesse bei Jugendlichen wecken würde. Bei dieser Schau würde ich das auch nicht beabsichtigen, und ich denke, die Ausstellungsmacher taten dies auch nicht. Die Geschichte des Polizeibataillons 307 aus Lübeck liest sich nicht im Vorbeigehen und auch nicht ohne darauf vorbereitet zu sein. Sie lässt den Betrachter schlecht träumen.

Auf den ersten 15 Tafeln wird die Vorgeschichte des Polizeibataillons dargestellt. Einem kurzer Abriss der Lübecker Polizeigeschichte bis 1933 folgen die Veränderungen der (Schutz-)Polizeiarbeit in der NS-Zeit. Anschaulich ist die Rede des Chefs der Ordnungspolizei, Kurt Daluege, die er anlässlich der deutschen Polizeimeisterschaften 1938 in der „Wikingerstadt“ Lübeck hielt.

Die Dämlichkeit der dargebotenen neuheidnischen Männerfantasien mag noch Anlass zum Schmunzeln geben. Das Lachen vergeht bei der folgenden Darstellung des



Foto: Ulrich Dage, Kiel

Gedenkstein an der Stätte des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ (siehe Seite 90)

„Einsatzes“ der Ordnungspolizei bzw. des Bataillons 307 schnell. Hier werden mehr und mehr die erläuternden Texte durch Zitate ersetzt. Dokumente und Zeitzeugenberichte werden geboten und hauptsächlich Auszüge aus den Ermittlungsberichten der Staatsanwaltschaften. Die juristische Wiedergabe des Geschehenen zeichnet sich zwar durch Emotionslosigkeit aus – und unterscheidet sich hier von den Zeugenaussagen –, aber das macht es nicht leichter. So heißt es beispielsweise in einem Bericht über das von Pol.-Bat. 307 verübte Massaker von Brest-Litowsk: „Die Schüsse wurden in der Weise abgegeben, dass die Spitze des Seitengewehrs im Nacken des Juden leicht angesetzt und dann bei einem Neigungswinkel des Gewehrs von 45 Grad geschossen wurde. Durch Ein- und Ausschuss wurde oft die Schädeldecke mit abgerissen.“

Die folgenden Tafeln reihen nach der ausführlichen Darstellung des Massakers von Brest-Litowsk im Juli 1941 Informationen zu Deportationen und Massenmorden aneinander, wobei immer wieder die Bestialität vieler Polizisten durch ausführliche Zitate belegt wird. Doch die Präsentation beschränkt sich nicht auf die Darstellung des Anteils des Bataillons an der Schoa. Auch die weiteren „Einsätze“ werden beschrieben: Zwölf Tafeln beschäftigen sich mit „Bandenkampf“ und Polizeireaktion bzw. Aktion. Dass die Ordnungspolizei

den Partisanenkrieg mehrheitlich als Krieg gegen die Zivilbevölkerung führte, wird genauso anschaulich belegt wie der in diesem Zusammenhang fortgeführte Mord an Juden und „Zigeunern“.

Am Erschütterndsten sind wohl die letzten fünf Ausstellungstafeln: Hier wird kommentarlos eine Einstellungsverfügung der bis 1965 ermittelnden Staatsanwaltschaft an die nächste gereicht. Letzter Satz der Ausstellung: „Fazit: Wegen der in der Ausstellung geschilderten Vorgänge wurde kein Bataillonsangehöriger verurteilt.“ Daneben sind Fotos von einem „Kameradentreffen“ abgebildet, auf denen schwarze Balken die dargestellten Personen unkenntlich machen. Ein Hinweis auf das Unvergangene der Vergangenheit. In diesem Zusammenhang sei ein kleiner Fehler moniert: der SS-Hauptsturmführer Martin Fellenz, u.a. verantwortlich für die Deportation von Przemysl, lebte nicht in Schleswig – er lebt dort immer noch.

Die Ausstellung hat manche Schwächen. Eine einheitliche Einführung und auch Hervorhebung von Zitaten wäre bspw. hilfreich gewesen. Der Sprung vom „Bandenkampf“ in die Nachkriegsermittlungen ist zu abrupt. So lässt sich nur erahnen, welchen Berufen die Bataillonsangehörigen nach 1945 nachgegangen sind. Deutungsversuche über etwaige Selbstrechtfertigungs- und Verarbeitungsmuster der Täter werden nicht

geboten. Aber hier moniere ich bereits Dinge, die nicht zu den Zielen der Ausstellung gehören. Das Hauptziel ist klar die Benennung der Polizeiverbrechen im Nationalsozialismus, von denen jegliche Bagatellisierung und Relativierung unmöglich gemacht werden soll. Und dieses Ziel wird garantiert erreicht.

Die Ausstellung steht in der Landespolizeischule Eutin, sofern sie nicht in anderen Polizeieinrichtungen zu sehen ist. Ihr ist auch weiterhin eine intensive Nutzung zu wünschen. Der Katalog, der die Ausstellung in vollem Umfang wiedergibt, ist hoffentlich noch bei der Polizeidirektion Süd in Lübeck erhältlich.

Stephan Linck

Anstoß zu weiteren Forschungen

Die Ausstellung „Das Historische Seminar im ‚Dritten Reich‘“.

Eine öffentliche Diskussion über die Rolle der eigenen Disziplin hat die deutsche Historikerzunft erst Mitte der 90er Jahre begonnen. Vor allem jüngere Wissenschaftler verwarfen die herrschende Meinung und Selbstdeutung, dass an den historischen Lehrstühlen deutscher Universitäten auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur im Wesentlichen nach wissenschaftlichen Kriterien gelehrt und geforscht wurde: Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die deutschen Historiker, die sich in ihrer überwiegenden Mehrheit schon während der Weimarer Republik zur antidemokratischen

Rechten bekannt hatten, im Regelfall den Nationalsozialismus begrüßt und unterstützt und – in Teilen – sich an der wissenschaftlichen Legitimierung des NS-Staates und seiner rassistischen Eroberungs- und Vernichtungspolitik beteiligt haben.¹

Diese Diskussionen haben auch das Historische Seminar der Kieler Christian-Albrechts-Universität dazu bewogen, sich erstmals kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen.² Im Rahmen des Projekts „Historiker in der Praxis“ unter Leitung von Privatdozent Thomas Hill betrieben Studenten der CAU intensive Quellenstudien,

1. Vgl. Peter Schöttler (Hg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*. Frankfurt/Main 1997; Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*. Frankfurt/Main 1999.

2. Die Arbeit von Karl Jordan aus dem Jahr 1969 ist diesbezüglich zu vernachlässigen. Karl Jordan, *Geschichtswissenschaft*. In: *Geschichte der Philosophischen Fakultät*, Teil 2, bearbeitet von Karl Jordan und Erich Hoffmann. Neumünster 1969, S. 7-101, insbesondere S. 77-99 (= *Geschichte der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1665–1965*, Band 5, Teil 2). Vgl. Ders., *100 Jahre Historisches Seminar*. In: *Christiana Albertina*, Heft 14/1972, S. 23-27.

die in die Ausstellung *Das Historische Seminar im ‚Dritten Reich‘* mündeten, die im Juni 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.³

Bewusst haben die Ausstellungsmacher dabei einen biografischen Ansatz gewählt: In kurzen Lebensläufen werden Vita, Forschungsschwerpunkte und das Verhältnis zum Nationalsozialismus von fünf Kieler Professoren dargestellt. Diese Vorgehensweise gilt den Verfassern insofern als repräsentativ, da alle in Kiel gelehrten historischen Teildisziplinen abgedeckt sind und die „typischen Verhaltensweisen und Handlungsmöglichkeiten von Historikern im ‚Dritten Reich‘ erkennbar“ werden, die „von offener Verweigerung über unterschiedliche Grade, sich mit dem Nationalsozialismus zu arrangieren, bis zu bewußter Förderung nationalsozialistischer Ziele“ (S. 2) reichten.

Der Mediävist Martin Lintzel (1901–1955) wurde Anfang 1935 nach Kiel berufen. Zuvor hatte er den ideologisch bestimmten Versuchen einer nationalsozialistisch inspirierten Geschichtsumdeutung durch den NS-Chefideologen Alfred Rosenberg scharf widersprochen. Dieser sah in dem Sachsen und Heiden Widukind einen Repräsentanten des Germanischen, Nordischen und Völkischen, der sich zwar gegen Ende des 8. Jahr-

hunderts dem späteren fränkischen Kaiser Karl dem Großen unterwerfen musste, im 20. Jahrhundert aber in der Person Adolf Hitlers für immer gesiegt habe. Die aus einer wissenschaftlichen Perspektive öffentlich vorgetragene Kritik Lintzels an der Rosenbergschen Geschichtsinterpretation führte zu scharfen Angriffen in der NS-Presse und – nach erfolgtem Ruf an die Förde – auch zu Konflikten mit der Kieler NS-Studentenschaft. Nach nur zwei Semestern wurde Lintzel – herabgestuft zum außerordentlichen Professor – 1936 an die Universität Halle versetzt. (S. 5/6)

Seit 1931 lehrte Otto Becker (1885–1955) am Lehrstuhl für Neuere Geschichte. Er war insofern eine Ausnahme, da er einer der wenigen Professoren war, die sich vor 1933 explizit zur Weimarer Demokratie bekannten, und bereits 1920 der liberalen DDP beigetreten war. Dem NS-Staat stand er wohl kritisch gegenüber und war auch einigen nicht näher beschriebenen „Anfeindungen“ ausgesetzt, konnte sein Amt aber trotzdem bis Kriegsende ungehindert ausüben. Nach dem Krieg gehörte er zu den Mitbegründern einer Vorläuferpartei der schleswig-holsteinischen CDU und ab dem Jahr 1950 der Ranke-Gesellschaft an. Sein Engagement für letztere wird dabei als „weniger konsequent“ (S. 5) beschrieben, da

sich in der Ranke-Gesellschaft zahlreiche Historiker sammelten, die als konsequente Nationalsozialisten zunächst nicht wieder in Amt und Würden gelangt waren.⁵ Nicht erwähnt wird in dem Beitrag, dass dem Demokratieverständnis von Becker schon in der Weimarer Zeit durchaus elitäre und nationalistische Züge innewohnten. Den Lehrstuhl behielt er bis 1953 (S. 6/7).

Als Nachfolger von Martin Lintzel und Konrad Schünemann wurde der Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte im Jahr 1941 mit Karl Jordan (1907–1984) besetzt. Der zur Zeit seiner Berufung erst 34-jährige Wissenschaftler hatte in den 30er und 40er Jahren seinen Forschungsschwerpunkt auf die Kolonisationspolitik Heinrichs des Löwen und den Beginn der deutschen Ostsiedlung gelegt. Die Ausstellungsmacher resümieren, dass Jordan mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten zur „historischen Legitimation deutscher Eroberungen im Osten und der Unterwerfung Europas“ (S. 9) beitrug, auch wenn sich die aktuellen Bezüge „weitgehend“ auf die Einleitung und den Schlussteil beschränkten. Seine Arbeiten seien aber hauptsächlich ein Zugeständnis an den NS-Staat, um seine akademische Karriere voranzutreiben. In gleichem Sinne wird seine

Mitarbeit an der Zeitschrift *Germanien* – der Publikation der von Heinrich Himmler gegründeten Wissenschaftsorganisation „Das Ahnenerbe“ – und sein Eintritt in die NSDAP im Frühjahr 1940 gedeutet. Jordan behielt seinen Lehrstuhl an der Kieler Universität bis 1976, ohne dass seine Veröffentlichungstätigkeit während des Nationalsozialismus thematisiert wurde (S. 8/9).

Professor Paul Richard Leberrecht Strack (1904–1941) hatte von 1934 bis 1939 den Lehrstuhl für Alte Geschichte inne. Zweifellos war er soldatisch-nationalistisch eingestellt und 1933 folgerichtig in den Stahlhelm eingetreten. In diesem Sinne begrüßte er die „nationale Erhebung“ 1933, ohne dass er ein überzeugter Nationalsozialist war. Einem Ruf an die „Reichsuniversität“ Straßburg, die unter maßgeblicher Beteiligung der SS und des SD aufgebaut wurde, konnte er nicht mehr folgen. Strack, der sich 1939 als Kriegsfreiwilliger gemeldet hatte, fiel im August 1941 (S. 9/10).

Der anspruchsvollste Beitrag beschäftigt sich mit dem „Volks-tumsforscher“ Otto Scheel (1876–1954), für den 1924 eigens ein Lehrstuhl für Landeskunde eingerichtet worden war. Die Arbeiten des in Tondern geborenen Scheel basier-

3. Die Rezension bezieht sich auf die schriftliche Fassung: *Das Historische Seminar im ‚Dritten Reich‘*. Das Begleitheft zur Ausstellung im Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel 2003. Sofern nicht anders gekennzeichnet, stammen die Zitate aus dem Begleitheft.

5. Vgl. Manfred Asendorf, Was weiter wirkt. Die „Ranke-Gesellschaft – Vereinigung für Geschichte im öffentlichen Leben“. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Band 4, Hamburg 1989, S. 29-61; Michael Salewski, Die Ranke-Gesellschaft und ein halbes Jahrhundert. In: Jürgen Elvert/Susanne Krauß (Hg.), Historische Debatten und Kontroversen im 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden 2003, S. 124-142 (= Historische Mitteilungen im Auftrage der Ranke-Gesellschaft, Band 46).

ten schon seit dem Ersten Weltkrieg auf einem völkischen Staatsbegriff; wissenschaftlich und politisch beschäftigte er sich früh mit der deutsch-dänischen Grenzfrage: Beispielsweise trat er während des „Abstimmungskampfes“ 1920 als Redner auf. In seinen Arbeiten verknüpfte er den gemeinsamen germanischen Ursprung der nord-europäischen Völker mit dem Gedanken eines von Deutschland dominierten Europas. Vor diesem Hintergrund beteiligte sich Scheel an führender Stelle an der „Volkstumsforschung“: Ab 1933 war er zusammen mit dem ebenfalls in Kiel lehrenden Historiker Carl Petersen Herausgeber und Leiter der Hauptredaktion des auf mehrere Bände angelegten *Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums*, einem der zentralen Projekte einer „völkischen“ Geschichtswissenschaft, das sich ausdrücklich in den Kontext der nationalsozialistischen „Volkstumspolitik“ stellte.⁵ Seine weiteren Forschungsarbeiten waren ebenfalls von völkischen und rassistischen Gesichtspunkten geleitet. Unter Scheels Leitung forschte das Institut für Volks- und Landesforschung etwa zur „politischen Geschichte und Rassenkunde Schles-

wig-Holsteins“ und führte jährlich „Grenzlandlager“ durch mit dem Ziel, Bauern, Handwerker und Lehrer in die „Methode der wissenschaftlichen Heimatforschung“ einzuführen. 1945 wurde er auf eigenen Wunsch emeritiert. Das Fazit in der Ausstellung ist eindeutig: Scheel trug mit seinen wissenschaftlichen Forschungen aktiv zur Legitimation des NS-Staates und seiner Expansionspolitik bei (S. 11/12).

Die Ausstellung schließt mit einer Tafel zu Kieler Universität und Nationalsozialismus nach 1945 (S. 12). Vorsichtig formuliert wird eingestanden, dass die personelle Kontinuität weitgehend gewahrt blieb und nicht zuletzt aus diesem Grund das Interesse an der Aufarbeitung der eigenen Geschichte gering war. So wurde noch im Jahr 1982 ein studentischer Antrag zur Errichtung eines Instituts zur Erforschung der Geschichte der Universität, das nach dem 1933 vertriebenen Staatsrechtler Walter Schücking benannt werden sollte, im Senat wegen „politischer Einseitigkeit“ abgelehnt. Erst ab Beginn der 90er Jahre setzte an der Universität die Erforschung der eigenen Geschichte ein.⁶ Das Historische Seminar wartete damit bis zu dieser

5. Willi Oberkrome, *Geschichte, Volk und Theorie. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“*. In: Schöttler 1997, S. 104-127.

6. Ralph Uhlig (Hg.), *Vertriebene Wissenschaftler der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel nach 1933*. Frankfurt/Main 1991 (= Kieler Werkstücke, Reihe A, Band 2); Matthias Wieben, *Studenten der Christian-Albrechts-Universität im Dritten Reich. Zum Verhaltensmuster der Studenten in den ersten Herrschaftsjahren des Nationalsozialismus*. Frankfurt/Main 1994 (= Kieler Werkstücke, Reihe A, Band 10); Hans-Werner Prahl (Hg.): *Uni-Formierung des Geistes. Universität Kiel im Nationalsozialismus*, Band 1. Kiel 1995 (= Veröffentlichung des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Band 16).

Ausstellung. Leider fehlt diesem Abschnitt die notwendige Eindeutigkeit: Unerwähnt bleibt beispielsweise, dass die Gründung des Schleswiger Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte im Jahr 1992 eine unmittelbare Reaktion auf die Verweigerung des Historischen Seminars war, zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein zu forschen, und gegen den erklärten Widerstand der Kieler Professenschaft erfolgte.

Die Ausstellung versteht sich als Anstoß zu weiteren Forschungsarbeiten. Dieser Intention ist ausdrücklich zuzustimmen. Es wäre zu bedauern, wenn die aufwändigen und umfangreichen Archivrecherchen nicht in den einen oder anderen Aufsatz münden würden, zumal es sich um eine Erstauswertung der benutzten Dokumente handelt. Zudem wären weitere Forschungsvorhaben wünschenswert: z.B. eine Untersuchung des Historischen Seminars für den Zeitraum 1918 bis 1933, eine detaillierte Darstellung der Forschungs- und Lehrtätigkeit (Promotionen, Habilitationen) in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts oder die Frage, inwieweit auch Kieler Professoren in akademische Netzwerke eingebunden waren, auf deren Bedeutung Peter Schöttler wiederholt hingewiesen hat.⁷

Kleinere Schwächen hat die Ausstellung in der Darstellung. Die einzelnen Artikel wurden offensichtlich von unterschiedlichen Au-

toren verfasst, ohne dass dies entsprechend gekennzeichnet ist. Das erklärt die unterschiedliche inhaltliche Qualität, auch in der sprachlichen Präzision der einzelnen Beiträge. Sätze wie „Der Rußlandfeldzug war sein erster Kampfeinsatz.“ (S. 10) sind schlicht unnötig. Zumindest in der schriftlichen Fassung wäre es zudem wünschenswert gewesen, wenn zu den zahlreichen Zitaten die Belegstellen angegeben worden wären. Auch gab es sichtbar Probleme bei der Formatierung, so dass in dem Begleitheft zahlreiche unnötige Absätze das Lesen erschwerten. Lobenswert sind hingegen die ausführlichen bibliografischen Angaben.

Verblüffend ist hingegen der Ausstellungsort. Die Ausstellung wurde nämlich nicht am Historischen Seminar präsentiert, sondern in den Räumen des Seminars für Osteuropäische Geschichte. Eine Begründung für diese Peinlichkeit wurde nicht geliefert: Im Flur des Historischen Seminars befindet sich aber – und befand sich auch während der Ausstellung – die „Ahnen-galerie“ des Historischen Seminars, eine unkritische Würdigung aller (verstorbenen) Professoren. Eine Überarbeitung der Bildtafeln anhand der neu gewonnenen Ergebnisse oder gar eine dauerhafte Präsenz der Ausstellung in den Räumlichkeiten des Historischen Seminars wäre angesagt. Auch die

7. Schöttler, *Geschichtsschreibung und Legitimationswissenschaft. Einleitende Bemerkungen*. In: Schöttler 1997, S. 7-30.

Ausstellungseröffnung lässt Fragen offen: Warum als Festredner der Kölner Professor und frühere Kieler Dozent Jürgen Elvert eingeladen wurde, blieb unklar. Mit seinen mehrdeutigen und im Kern relativierenden Äußerungen hat der amtierende Vorsitzende der Ranke-Gesellschaft in seinem 45-minütigen und teilweise schwer zu folgenden Festvortrag einer kritischen

Auseinandersetzung mit der eigenen Zunft eher widersprochen. Die *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung* attestierte seinem Vortrag dann auch „eher Verwirrung als Aufklärung“ und „viel Langeweile“ (SHZ vom 11.6.2003).

Dem insgesamt positiven Fazit dieser verdienstvollen Ausstellung tut dies keinen Abbruch. Ein Anfang ist gemacht. **Hansjörg Buss**

25 Jahre Galerie Morgenland in Hamburg

Die 70er Jahre standen im Zeichen der Nach-68er-Strömungen, die in Anti-AKW-Kampf, Marsch durch die Institutionen, Rote-Armee-Fraktion oder Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika mündeten. Auf lokaler Ebene begab man sich auf die Suche nach authentischen Orten, in denen man den undogmatischen Gegenentwurf planen oder doch zumindest bereden wollte. So gründete 1979 der Künstler Klaus Stülpnagel die Galerie Morgenland im Hamburger Stadtteil Eimsbüttel als eine Stätte, an der man Utopie als Teil einer vernetzten Alternativkultur erleben konnte. Neben Lesungen, Diskussionen, Ausstellungen und Cafébetrieb schloss man die nähere Zeitgeschichte wie auch Kunst ins Programm mit ein.

So ging es gleich in der ersten Schau anlässlich des 9. November um verfolgte Künstler aus der Zeit 1933–45. Die Ausstellung wurde

von Arie Goral konzipiert. In der Folgezeit waren Ausstellungen zu Gorleben, Knast und – weit der Zeit voraus – über die Lage in Altenheimen zu sehen.

1983 rückte die Stadtteilgeschichte ins Zentrum der Arbeit der Kultureinrichtung. Die Erforschung der ‚Geschichte von unten‘, die Beschäftigung mit noch lebenden Zeitzeugen der NS-Geschichte lag damals im Trend. Die Laienforscher taten sich 1983 in Bochum zu einem bundesweiten Netzwerk zusammen.

Die Arbeitsgruppe innerhalb der Galerie Morgenland begann bald danach mit der Bürgerbefragung. Die Bürger halfen bereitwillig mit, öffneten ihre Fotoalben und Erinnerungen. Anwohner wurden zu Themen-Klonschnacks zusammengebracht. Die erste Ausstellung mündete in ein Buch, das unter dem Titel *Kennen Sie Eimsbüttel?* veröffentlicht wurde. Hier ist spannende, direkt überlieferte Ge

schichte aus Widerstand, Arbeiter-Alltag oder politischen Auseinandersetzungen nachzulesen.

Die Kindheits- und Jugenderinnerungen der Anwohner sprudelten – ein Ventil war geöffnet. Die Mitarbeiter der Galerie, die zum Teil Historiker waren, gingen systematisch vor. So erforschten sie z.B. die Geschichte einer reformpädagogischen Versuchsschule in der Telemannstraße, die von den Nazis geschlossen worden war, oder recherchierten über ein Volksheim, das vor allem in den 20er Jahren ein Treff diverser Jugendverbände gewesen war. Zeitzeugen wie der NDR-Redakteur Uwe Storjohann hielten Vorträge über Blockwart und Swingjugend oder schilderten – wie Helmuth Warnke – die politischen Debatten auf lokaler Ebene. Vor allem für jüngere Leute wurde so Geschichte plötzlich greifbar – und man konnte nachfragen

Die ‚Grabe, wo Du stehst‘-Bewegung professionalisierte sich. So wurden bei der Spurensuche nach 1.500 jüdischen Mitbürgern die Zeitzeugen ausführlich befragt, die Aussagen per Tonband und Video dokumentiert. Die Forscher prüften Akten in Ämtern und Krankenhäusern, recherchierten in Archiven und Bibliotheken. Heraus kam das Standardwerk *Wo Wurzeln waren* über den Alltag der Judenverfolgung im Quartier, angereichert mit vielen historischen Details.

Die Stadteilerforschung setzte sich fort in Kultur und Architektur,

Stadtentwicklung und Nachkriegszeit. Bücher und Broschüren – etwa über Polizeispitzel zur Jahrhundertwende – erschienen, in einer kleinen Reihe wurde Stadteilerpersönlichkeiten vorgestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die Rundgänge durch das Viertel. Hier erfuhren die Bürger in prall gefüllten Drei-Stunden-Touren eine Menge über die Kulturgeschichte, sie lernten viel über die Entwicklung des ehemaligen Lustdorfes zum eng bebauten Stadtteil. Die Interessierten erfuhren, was ‚trockenwohnen‘ bedeutet und wo die Nazis ihre Versammlungslokale hatten, sie spürten nach, wo ihre Großeltern tanzen gingen – und wo die Sammelstelle zur Deportation der jüdischen Mitbürger war. Das als ‚rot‘ berühmte Arbeiterquartier erschien plötzlich in einem ‚braunen‘ Licht – und dies zu Recht. Die Geschichtswerkstatt machte klar, wie schnell sich diese Wandlung vollzog, und räumte mit der Mär vom ‚besonderen Stadtteil‘ gründlich auf. Die Historiker belegten antisemitische Strömungen schon zur Zeit der Jahrhundertwende. Die Bürger vernahmen es mit Staunen.

Das Verdienst, die Erinnerungen der Bewohner zu sammeln und zu dokumentieren, korrespondiert mit einem aufklärerischen Impetus, der bis heute anhält. Heute sind es die Schulklassen, die wissen wollen, wie es damals war.

Das Hauptinteresse gilt nach wie vor der Nazi-Zeit. Genau hier

hat die Geschichtswerkstatt neben beachtlichen Veröffentlichungen zur Baugeschichte des Stadtteils ihre besondere Kompetenz.

Der Versuch des Hamburger Mitte-Rechts-Senats, die Hamburger Geschichtswerkstätten durch Mittelkürzungen ihrer professionellen Mitarbeiter zu entledigen – und damit letztlich die gesamte Arbeit der Archive langfristig zu beenden –, scheiterte im Herbst am Widerstand vieler Bürger. Bürgermeister von Beust griff im Dezember 2003

Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“

Im Jahr 2003 entstand am Ort des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ am Russee in Kiel ein Gedenkort. Der AKENS war an der Planung und Ausgestaltung beteiligt. Wir dokumentieren die Rede von Eckhard Colmorgen zur Einweihung des Gedenksteins am 27. Januar und den Bericht von Stephan Linck zur Einweihung der Informationstafeln am 4. Mai 2003.

Zur Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ brauche ich Ihnen, den Anwesenden, wohl nicht viel erzählen. Wahrscheinlich ist Ihnen Manches bekannt. Deshalb möchte ich nur einige Eckdaten ins Gedächtnis rufen: Dieses neue Denkmal befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen „Arbeitserziehungslagers Nordmark“. Die hier sichtbaren Mauerreste sind

persönlich ein und wies Kultursenatorin Horáková in ihre Schranken. Diese wollte nur noch die Betriebsmittel in Höhe von 133.000 Euro statt vorher 539.000 Euro überweisen.

Die Reduzierung des Etats um 25% für 2004 ist auch nach dem Beust'schen Einschreiten enorm und stellt die Arbeit der Archive für die Zukunft auf tönernen Füßen. Die Galerie Morgenland muss mit 47.000 statt 66.000 Euro auskommen. **Arndt Prenzel**

die Grundmauern des ehemaligen Gästehauses der SS.

Das Lager bestand vom Sommer 1944 bis zum Kriegsende Anfang Mai 1945. Die Kieler Gestapo schuf sich hier am Russee ein Konzentrationslager. Mindestens 3.771 Menschen, vielleicht aber auch über 5.000 Menschen wurden hier inhaftiert. Nachweislich wurden 578 von ihnen ermordet – sie starben wegen mangelnder medizinischer Versorgung, verhungerten, wurden totgeschlagen, erschossen. 90 Prozent der Häftlinge waren ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die zu bedingungsloser Arbeit in schleswig-holsteinischen Rüstungsfirmen und landwirtschaftlichen Betrieben gezwungen werden sollten.

Zwei Gedenksteine erinnern heute an die Existenz des „Arbeits-

erziehungslagers Nordmark“. Zum einen ein Findling aus den siebziger Jahren. Auf diesem Stein unter einer Doppeleiche am Seekoppelweg ist leider eine Inschrift angebracht, die nicht über das Lager informiert. Im Gegenteil – der in der Nazi-Zeit verwendete Name für das Lager ist nicht einmal in Anführungsstriche gesetzt.

Der im Jahre 1985 an der Rendsburger Landstraße aufgestellte zweite Stein zeigt auf einer Tafel zwar den Grundriss des Lagers, aber der Text besteht nur aus vier Sätzen. Auch dies ein Mahnmal, das nur wenig über die Geschichte des KZ am Russee informiert.

Beide Gedenksteine stehen in der Tradition der Gedenk- und Erinnerungskultur der fünfziger Jahre, als Grabmale in so genannten „elysischen Landschaften“ als Parkfriedhöfe zum Gedenken an die „Opfer der Gewaltherrschaft“ errichtet wurden. Sie leisten dem Verdrängen und Vergessen Vorschub. Typisches Kieler Beispiel ist die Anlage des „Kriegs- und Bombenopferfeldes“ auf dem Eichhof-Friedhof.

Meiner Ansicht nach muss mehr getan werden, um der Opfer nationalsozialistischer Herrschaft zu gedenken – um an die Verbrechen während der Nazi-Zeit in Kiel zu erinnern, um über Herrschaftsmechanismen und gesellschaftliche

Bedingungen der NS-Diktatur aufzuklären.

Die Diskrepanz zwischen dem vernünftigen Anspruch eines Gedenkens und Erinnerns an die Verbrechen in den letzten Kriegsmonaten hier an diesem Ort und der realen Situation am Russee zwischen Rendsburger Landstraße, Seekoppelweg und Speckenbeker Weg ist überdeutlich. Heute befinden sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers ein Industriegebiet und Sportanlagen.

Auch die Forschungen und die Publikationen über die NS-Zeit in Kiel – und insbesondere über die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ – lassen zu wünschen übrig. Außer der längst vergriffenen Veröffentlichung von Detlef Korte aus dem Jahre 1991 sind nur einige Aufsätze von ihm sowie Broschüren zu Stadtrundfahrten vom Arbeitskreis Asche-Prozeß als Nachfolgeveröffentlichungen zu nennen.¹ Neuere Forschungen zum „AEL Nordmark“, die auch die umfassende Arbeit von Gabriele Lotfi aus dem Jahre 2000 berücksichtigen, gibt es nicht.²

Seit 1983 setzt sich der Kieler Arbeitskreis Asche-Prozeß für die Errichtung einer lokalhistorischen Dokumentations- und Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen KZ am Russee ein. DIE GRÜNEN

1. Detlef Korte, „Erziehung“ ins Massengrab. Die Geschichte des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ Kiel-Russee 1944–1945. Kiel 1991. Vgl. ferner die Literaturhinweise in: Dokumentation zum Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“, hg. vom Arbeitskreis Asche-Prozeß und dem AKENS. Kiel 2003, S. 73ff.

2. Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich. Stuttgart 2000.

in der Kieler Ratsversammlung beantragten 1983 – auf der Grundlage einer Konzeptskizze dieses Arbeitskreises – die Schaffung einer solche Dokumentations- und Gedenkstätte. Daraufhin beschloss die Kieler Ratsversammlung einstimmig, den Magistrat mit der Erarbeitung einer Konzeption zu beauftragen.

Ich habe in meinen Unterlagen ein Mitteilungsblatt der GRÜNEN gefunden, es ist aus dem Jahre 1989, in dem der „ignorante Umgang des Magistrats mit den Beschlüssen der Ratsversammlungen“ aufgezeigt wird. In den folgenden Jahren beschloss die Ratsversammlung ähnliche Vorhaben: zur Schaffung einer Sonderausstellung zum Thema „Kiel unter dem Hakenkreuz“, zur Einrichtung eines Spendenkontos zum Bau einer Dokumentations- und Gedenkstätte.

Alle Vorhaben verliefen im Sande, blieben folgenlos. Es gibt wohl keine andere Landeshauptstadt, in der sich die verantwortlichen Politiker so wenig um die Geschichte ihrer Stadt und insbesondere um die Geschichte der Nazi-Zeit ihrer Stadt gekümmert haben.

Bei dieser – zugegeben etwas pauschal formulierten – Kritik möchte ich allerdings eine Person hervorheben, die sich über Jahre als einzige um Gedenken und Erinnerung an Opfer der NS-Herrschaft in Kiel bemüht hat: die ehemalige Stadtpräsidentin, Frau Silke Reyer.

Doch zurück zu diesem Ort: Ich möchte es noch einmal betonen, die

Kieler Gestapo war für ganz Schleswig-Holstein zuständig, dieses „Arbeitserziehungslager Nordmark“ war nach bisherigem Wissensstand das einzige in Schleswig-Holstein. Und daran erinnerten bis jetzt nur zwei kleine Gedenksteine.

An diesem authentischen Ort ließe sich das Terrorregime des Nationalsozialismus deutlich machen. Hier böte sich die Möglichkeit einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte der Stadt Kiel. Hier könnte man auch der unbequemen Frage nachgehen, wie denn Gestapo und die Volksgenossen und Volksgenossinnen gemeinsam zur Herrschaftssicherung des Regimes beitrugen. Das ließe sich beschreiben, aber auch künstlerisch darstellen. Die in unserer Stadt eher beliebigen Gedenksteine zur Geschichte der NS-Regimes sind eher zufällig entstanden. Es fehlt ein umfassendes Konzept zum Umgang mit der nationalsozialistischen Geschichte.

Eine Gesamtkonzeption einer Erinnerungskultur zur NS-Geschichte wird mit dem geplanten Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ nicht erreichbar sein, aber wir kommen dem einen Schritt näher. Was beschreibt die mit Bedacht von uns gewählte Bezeichnung *Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“*? Eine Unterscheidung von den KZ-Gedenkstätten, wie Neuengamme, Dachau, Ravensbrück, Sachsenhausen oder Buchenwald – allein in ihrer Dimen-



Foto: Ulrich Daggge, Kiel

Einweihung der Informationstafeln am Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ am Russee in Kiel, 4. Mai 2003

sion als Gedenk- und Forschungsstätten zu ehemaligen Konzentrationslagern riesiger industrieller Ausmaße.

Der Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ wird aus diesen Gedenksteinen und drei Informationstafeln bestehen. Der neue Gedenkstein erwächst symbolisch aus den Überresten eines alten Gedenksteins. 1946/47 diente dieser Betonklotz als Fundament für einen Gedenkstein, den wahrscheinlich polnische Zwangsarbeiter zur Würdigung der Opfer des „Arbeitserziehungslagers“ aufstellten. Nach überlieferten Fotos gab es zwei solcher Gedenksteine, die dann in den Nachkriegsjahren verschwunden sind.

Dieser Betonrest wurde vor wenigen Jahren bei Aufräumarbeiten auf dem ehemaligen Lagergelände gefunden. Zu diesen Aufräumarbeiten hatte der SPD-Rats Herr Ulrich Erdmann an einem Volkstrauertag im November eingeladen. Die noch vorhandenen Grundmauerreste des einstigen SS-Gästehauses sollten besser sichtbar sein. Schon in den achtziger Jahren hatte der Arbeitskreis Asche-Prozeß auf diese Art versucht, auf die Existenz des ehemaligen KZ am Russee aufmerksam zu machen.

Auf die Initiative von Herrn Erdmann als Vorsitzender des Kulturausschusses geht auch die finanzielle Beteiligung der Stadt Kiel an diesem Projekt zurück. Kulturaus-



Foto: Ulrich Dagge, Kiel

Verlesung der Namen von Opfern des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ bei der Einweihung der Informationstafeln am 4. Mai 2003

schuss, Kulturdezernent, Oberbürgermeister und Stadtpräsidentin – so möchte ich es, als ein der Stadtverwaltung und -politik fern Stehender, gern formulieren – waren sich bei dieser Sache einig. Heute, am 27. Januar 2003, dem bundesweiten Gedenktag zur Befreiung des KZ Auschwitz, können wir den fertig gestellten Gedenkstein der Öffentlichkeit präsentieren.

Zusätzlich sollen noch drei Informationstafeln zu den Themenkomplexen „Opfer“, „Täter“ und „Nachkriegszeit“ entstehen. Die Emaillenschilder werden auf einer Veranstaltung zum Gedenken an die Befreiung der Häftlinge des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ durch britische Armee-Einheiten am 4. Mai 2003 gezeigt werden.

Die finanziellen Mittel für das vom AKENS durchgeführte Projekt Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“ wurden hauptsächlich von der Europäischen Union aufgebracht. Die Kommission der Europäischen Union stellt europaweit Finanzmittel zum „Schutz der nationalsozialistischen Konzentrationslager als historische Gedenkstätten“ zur Verfügung. Im Jahre 2000 waren das beispielsweise umgerechnet ca. 300.000 Euro.

Auch die Landeshauptstadt Kiel hat sich mit einem namhaften Beitrag beteiligt. Der AKENS als eingetragener Verein zahlt nur einen symbolischen Betrag, steuert aber sein Know-how und viel Zeit zur Organisation des Gedenkortes bei.

Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir Herrn Dr. Knut Nievers, dem ehemaligen Leiter des Kulturamtes, für gute Zusammenarbeit, dem Grünflächenamt und einigen Auszubildenden, die das Terrain vorbereitet haben, und Anton Barth, der in seinem Steinmetzbetrieb diesen Gedenkstein erstellt hat. **Eckhard Colmorgen**

Der 4. Mai ist kein allseits bekannter Gedenktag, und ein 58. Jahrestag pflegt kaum herausragend gewürdigt zu werden. Dennoch wählten die Mitglieder des kleinen Kieler Arbeitskreises Asche-Prozeß (AKAP) und des AKENS den 4. Mai 2003 – den 58. Jahrestag der Befreiung der Überlebenden des „Arbeitserziehungslagers Nordmark“ in Kiel-Russee – für die offizielle Eröffnung des dortigen Gedenkortes. Diese Feier markiert wohl den Endpunkt einer jahrzehntelangen Geschichte des Verschweigens und Verdrängens einerseits und dem vergeblichen Bemühen um angemessenes Gedenken andererseits.

Entstanden ist ein Gedenkort, der sich aus dem bereits im Januar eingeweihten Gedenkstein (vgl. die Abbildung auf Seite 80), den freigelegten Grundmauerresten des einstigen SS-Gästehauses auf dem Lagergelände und drei Tafeln zusammensetzt, die die Geschichte des AEL erzählen. Es ist ein unauffälliger, bescheidener Ort am Rande eines Fußballplatzes, der einen klei-



Foto: Ulrich Dagge, Kiel

Der stellvertretende Stadtpräsident Bernd Heinemann während seiner Ansprache am 4. Mai 2003

nen Teil des Lagergeländes umfasst. Finanziert wurde er aus EU-Geldern und einem Beitrag aus dem Budget der Landeshauptstadt.

Die Medien konnten mit der zweigeteilten Einweihung des Gedenkortes wenig anfangen, wenn sie überhaupt davon wussten. Dass die Errichtung eines Steines und dreier – ausgesprochen gut gestalteter – Tafeln ein sehr herausragendes Ereignis in der Geschichte von Kiels Erinnerungskultur ist, lässt

sich ohne Vorkenntnisse auch kaum ahnen. Und es ist der Initiative einzelner verdienter SPD-Lokalpolitiker zu verdanken, dass es überhaupt so weit gekommen ist.

In diesem Sinne waren es eher die Insider, die zur Feierstunde erschienen waren – einige der geladenen Lokalpolitiker und Honoratioren und überwiegend AKENS-Mitglieder, insgesamt 50 Personen. Zwei kurze Reden wurden gehalten. Für die Durchführenden des AKAP sprach der AKENS-Vorsitzende Eckhard Colmorgen und ließ kurz die Entstehung Revue passieren. Danach gab es vom stellvertretenden Stadtpräsidenten Bernd Heinemann ein Grußwort der Landeshauptstadt. Heinemann fand einige gute und passende Worte zur Bedeutung des Ortes. Dass er aber

die jahrzehntelange Weigerung der Stadt verschwiege, am Russee eine Gedenkstätte zu errichten, und stattdessen der Stadt die Bereitschaft bescheinigte, der eigenen Vergangenheit ins Auge zu blicken, war schade.

Der wichtigste und längste Teil der Veranstaltung war die Verlesung der Namen der im AEL Nordmark Ermordeten. Sie wurde von allen Anwesenden im Wechsel durchgeführt. Im Anschluss führte Frank Omland die Interessierten durch bzw. um das einstige Lagergelände.

Bilder vom Gedenkort in seiner jetzigen Gestaltung, die Texte und Tafeln sind auch auf www.akens.org zu finden. Zusätzlich ist eine Dokumentation entstanden, die beim AKENS erhältlich ist. **Stephan Linck**

Vier Anschläge auf die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen-Springhirsch

Vom Mitte Januar bis Ende März dieses Jahres hat es vier Anschläge auf Gedenkeinrichtungen in Kaltenkirchen-Springhirsch gegeben. Die Täter, die offensichtlich einem rechten Lager zuzuordnen sind, scheinen einem bewusst angelegten Störplan zu folgen. Deshalb sind weitere Aktionen zu befürchten. Bis jetzt gibt es keine konkreten Spuren der Täter. Auf Grund der Art der Anschläge kann vermutet werden, dass Jugendliche von rechten

Hinterleuten geschickt worden sind.

Der erste Anschlag ereignete sich am 14. Januar. Der Innenzaun um die Ruinenreste der Latrinen- und Waschbaracke des ehemaligen KZ-Außenkommandos Kaltenkirchen war vollständig niedergerissen worden. Das sah zunächst wie der sinn- und ziellose Vandalismus von Jugendlichen aus. Als aber dann in der Nacht zum 8. Februar die drei Kilometer südöstlich der KZ-Ge-



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Beschmierte Grabkreuze auf der Gräberstätte Kaltenkirchen-Springhirsch, 8. Februar 2004

denkstätte gelegene Gräberstätte mit Farbe verschmiert und dabei Hakenkreuze hinterlassen wurden, ließ sich der rechtsradikale Hintergrund nicht mehr verleugnen. Mit gelber Wandfarbe hatten die Täter alle steinernen Grabkreuze, alle Inschriften und Infotafeln bis zur Unkenntlichkeit beschmiert. Auf dem Rasen zeichneten sie mit derselben Farbe Hakenkreuze und eine SS-Rune.

Am 26. März folgte der dritte Anschlag. Die Täter versuchten in das Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte einzudringen. Sie zerschlugen eine Fensterscheibe, öffneten das Fenster und wurden dann aber von dem stabilen Eisengitter vor dem Fenster daran gehindert einzusteigen. Doch sie langten mit einem Knüppel in das Innere hin-

ein, um möglichst viele Bücher, Broschüren und Gegenstände zu erreichen, die sie durcheinanderwirbeln konnten.

Zwei Tage später wurde beim vierten Anschlag erneut die Gräberstätte, in der Tote des KZ-Außenkommandos und sowjetische Kriegsgefangene ruhen, verwüstet. Diesmal zerrupften die Täter viele Anpflanzungen, warfen Bänke um und entwurzelten ein Bäumchen. Offensichtlich steckte die Absicht dahinter, die Gräberstätte in einem wüsten Zustand erscheinen zu lassen.

Das Landeskriminalamt und die örtliche Polizei haben die Ermittlungen aufgenommen, jedoch bis heute ohne Ergebnisse. Von der Polizei erfuhren wir, dass „aus dunklen Kanälen“ die Information über



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Zerstörte Bepflanzung auf der Gräberstätte Kaltenkirchen-Springhirsch, 28. März 2004

weitere beabsichtigte Anschläge eingegangen sei.

Wie soll in der Öffentlichkeit mit den Vorfällen umgegangen werden? Die Stadt Kaltenkirchen, die für die Gräberstätte verantwortlich und zuständig ist, ließ dem Trägerverein nach dem Farbanschlag mitteilen, dass sie die Informierung der Öffentlichkeit für bedenklich halte. Das Interesse der Täter, eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, dürfe nicht gefördert werden. Der Trägerverein, der für die KZ-Gedenkstätte zuständig ist und sich mit der Gräberstätte besonders verbunden fühlt, sieht das anders. Er ist der Meinung, dass die Öffentlichkeit sehr wohl darüber aufgeklärt werden muss, dass im hiesigen

Raum eine rechtsradikale Gruppe aktiv ist, gegen die man gewappnet sein muss.

Wir haben die Öffentlichkeit über alle Vorfälle eingehend informiert. Danach ist uns eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft entgegengebracht worden. Die Jugendfeuerwehr aus Barmstedt hat den Innenzaun wieder aufgerichtet, und dem Trägerverein wurden Hilfsangebote von verschiedener Seite unterbreitet, die seine pädagogische Arbeit der Erinnerung und des Gedenkens wirksam unterstützen. Solche Zeichen der Solidarität und die öffentliche Aufmerksamkeit werden es den Tätern schwer machen, ihre Absichten weiter zu verfolgen.

Seit den oben beschriebenen Vorfällen im Winter und Frühjahr dieses Jahres ist die Gedenkstätte von Übergriffen verschont geblieben. Das führen wir auf die erhöhte Wachsamkeit der Polizei, aber auch auf unsere intensive Öffentlichkeitsarbeit zurück.

Die Polizei ist seit dem Frühjahr bis heute mehrmals am Tage an der Gedenkstätte präsent. Die Beamten durchstreifen das Gelände und schauen aufmerksam nach jeder Veränderung. Dies geschieht auch nachts. Die Staatsanwaltschaft in Kiel hat freilich inzwischen die Ermittlungen gegen Unbekannt ergebnislos eingestellt. Trotzdem hat die Wachsamkeit der Polizeieinheit nachgelassen.

Was die öffentliche Berichterstattung über die Angriffe gegen die Gedenkstätte angeht, hat sie u.a. dazu geführt, dass die Volkshochschule Kaltenkirchen aufmerksam wurde und uns in einem Akt der Solidarität ABM-Kräfte zur Verfügung stellte. Ab Mai dieses Jahres werden zwei – später evtl. sogar drei – Personen im Gelände der Gedenkstätte arbeiten und dafür sorgen, dass auch an den Wochentagen das Dokumentenhaus für Besucher geöffnet sein kann, und sie beleben wenigstens am Tage die einsam gelegene Gedenkstätte. Der von den Tätern im Winter zerstörte Innenzaun wird zurzeit von den ABM-Kräften durch einen wertvollen, stabilen und dauerhaften Zaun aus Eichenholz ersetzt.



Foto: KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen

Aufgebrochenes Fenster und Verwüstungen im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte, 26. März 2004

Da für den kommenden Winter Übergriffe aus der rechtsradikalen Ecke nicht ausgeschlossen werden können, planen wir eine Sicherungseinrichtung, die es potenziellen Tätern schwer machen dürfte, weitere Zerstörungen vorzunehmen. Die Kosten dafür zu übernehmen, hat die Bürgerstiftung schleswig-holsteinische Gedenkstätten bereits zugesagt.

**Jürgen Gill,
Pressesprecher des Trägervereins**